

+Arbeitskreis Sicherheit Köln-Bocklemünd/Mengenich

Postfach - D- - Telefon 0221
Telefax 0221 - eMail

Sprecher:

11. Dezember 2014 /hr

Arbeitskreis Sicherheit Köln-B/M Postfach D- Köln

1. Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters
Historisches Rathaus Postfach 10 35 64
50475 Köln
2. Ausschuss Anregungen und Beschwerden beim Rat der Stadt Köln
Ludwigstraße 8
50667 Köln

Integration und öffentliche Sicherheit und Ordnung

Sehr geehrter Herr Roters,
sehr geehrte Damen und Herren des Ausschusses,

der Arbeitskreis Sicherheit Bocklemünd/Mengenich hat auf seiner heutigen Sitzung beschlossen, der Stadt Köln folgende Anregung zu übermitteln.

die Stadt möge in den Stadtteilen mit hohem Anteil an Bürgern mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Bürgern mit Migrationshintergrund den fest angestellten Mitarbeitern des Ordnungsamtes bei ihren täglichen Streifengängen in den einzelnen Stadtteilen aus der dort lebenden Wohnbevölkerung Bürger mit Migrationshintergrund und Bürger ohne Migrationshintergrund beizugesellen. Die für diese Unterstützung des städtischen Ordnungsamtes ausgewählten und ausgebildeten Bürger sollen später nach Bewährung paarweise, das heißt je ein Bewohner mit Migrationshintergrund und ein Bewohner ohne Migrationshintergrund gemeinsame Streifengänge unternehmen.

Der Arbeiterkreis Sicherheit verspricht sich von einer solchen Integrationsmaßnahme nicht nur eine erhebliche Bereicherung im gemeinschaftlichen Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturkreise, sondern auch ein verbessertes Verständnis für die in der Stadt Köln geltenden Regeln sowie eine verbesserte Präsentation des jeweiligen Stadtbildes.

Der Arbeitskreis Sicherheit Bocklemünd/Mengenich – ihm gehören zwei Bürger mit Migrationshintergrund an – beschäftigt sich seit nunmehr fast zehn Jahren mit Fragen der Sicherheit auf den unterschiedlichsten Ebenen des menschlichen Zu-

sammenlebens sowohl bezogen auf den Stadtteil Bocklemünd/Mengenich wie auch bezogen auf die Stadt in ihrer Gesamtheit. Bedingt durch den an 80 % heranreichenden Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund und Bürgern mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Neubaugebiet Bocklemünd/ Mengenich, ist der Arbeitskreis In ganz besonderem Maße mit Fragen der Integration befasst.

Der beachtliche Ausländeranteil und der große Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund in der Stadt Köln, insbesondere in einzelnen Stadtteilen, berührt in erheblichem Maße sowohl die Sicherheitsinteressen der bereits seit Jahren ansässigen Bevölkerung, wie auch die Sicherheitsinteressen der ausländischen Mitbürger und der Bürger mit Migrationshintergrund. Wer ausländische Bürger befragt, ob sie wegen ihres Aussehens oder wegen ihres Andersseins Ablehnung erfahren würden, erhält ohne große Verzögerung als Antwort ein „Ja!“.

Als ein großes Problem sieht der Arbeitskreis es auch an, dass durch excludierte Wohngemeinschaften in großen Liegenschaften der erstrebenswerte kulturelle Austausch zwischen der „Alt“-Bevölkerung und den „Neuzugängen“ erschwert oder gänzlich unterbunden wird und damit der große Schatz einer Bereicherung unseres gemeinschaftlichen Zusammenlebens verloren geht.

Alle Mitglieder des Arbeitskreises sind auch Mitglieder der Siedler-Interessengemeinschaft. Von daher haben sie auch konkrete Vorstellungen von den aus der Siedler-Interessengemeinschaft heraus in fast 50 Jahren des Zusammenlebens entwickelten Beziehungen, Freundschaften und Formen der Solidarität, die Vorbild für die Ausbildung einer gemeinsamen Werte- und Lebensgemeinschaft bei Respektierung der kulturellen Eigenständigkeiten zu den neu hinzugezogenen Einwohnern sein könnte.

Der Arbeitskreis Sicherheit hatte der Stadt am 18.07.2014 eine ähnlich wie eingangs wiedergegebene Anregung übermittelt. Zur Vermeidung von Missverständnissen erfolgte der ausdrückliche Hinweis: „eine freiwillige Bürgerwehr mit seinem vorhersehbaren Konfliktpotenzial, könnte die zu erwartenden positiven Auswirkungen, wie die Umsetzung unserer Anregung erwarten ließe, nicht im entferntesten erreichen.“

Die Bezirksvertretung ist auf ihrer Sitzung am 08.12.2014 der Empfehlung der Verwaltung gefolgt und hat die Einrichtung einer „freiwilligen Bürgerwehr“ bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Die Bezirksvertretung hat damit nicht über die Anregung des Arbeitskreises Sicherheit befunden, sondern sich auf den Ausdruck „freiwillige Bürgerwehr“ als angeblichen Kern des Anliegens eingeschworen. Sie hat mit der Verwendung dieses Aus-

drucks als entscheidender Inhalt der Anregung die Grundsätze ordnungsgemäßer Verwaltung verletzt; **denn dieser Ausdruck diene ausschließlich dazu, deutlich zu machen, dass eine freiwillige Bürgerwehr nicht infrage komme.** Dies hat der Unterzeichnete auf der Sitzung an 08.12.2014 noch einmal deutlich wie folgt klargestellt:

„(dass) Einwohner mit Migrationshintergrund und Einwohner mit deutschen Wurzeln angeworben werden (sollen), die nach Durchlaufen einer notwendigen Schulung zunächst gemeinsam mit einem fest angestellten Mitarbeiter des Ordnungsamtes regelmäßig im gesamten Stadtteil, vorzugsweise im Neubaugebiet, Streife gehen (sollen). Nach Bewährung sollen die neuen Ordnungskräfte, paarweise, d.h. je ein Einwohner mit ausländischen Wurzeln und ein Einwohner mit deutschen Wurzeln Streife gehen.“

Die Bezirksvertretung hat sich demnach mit dem Anliegen des Arbeitskreises nicht befasst und auch keine Entscheidung getroffen. Sie hat darüber hinaus ihre Verpflichtung verletzt, bei ihren Entscheidungen die Belange der gesamten Stadt zu berücksichtigen (vgl. § 18 Abs. 2 Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10. Februar 2009 in der Fassung der 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 15. April 2011).

Fast alle Mitglieder der Bezirksvertretung haben sich darüber hinaus auf der Sitzung vom 08.12.2014 ihrer Glaubwürdigkeit entledigt, hatte doch Bezirksbürgermeister Josef Wirges 1 ½ Stunden zuvor eine außerordentlich beeindruckende Resolution aller Fraktionen der Bezirksvertretung und mehrerer Einzelvertreter des Bezirks im Umgang mit und zur Integration von Flüchtlingen und Asylanten vorgestellt. Der Eindruck von Doppelzüngigkeit, den die meisten der Bezirksvertreter mit ihrem im Widerspruch zur Resolution stehenden Verhalten am 08.12.2014 erweckt haben, ist in der Art, wie sie mit einer außerordentlich weitsichtigen Anregung zur Integration umgegangen sind, erschreckend.

Auf Grund der Bedeutung der Anregung für viele Ortsteile innerhalb Kölns, ersucht der Arbeitskreis Sicherheit Bocklemünd/Mengenich den Ausschuss, auf der Ebene des Rates die Anregung mit der gebotenen Unvoreingenommenheit sachkundig zu prüfen und über sie zu befinden.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie an Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen, der FDP und die LINKE im Rat